

# Inhalt

- 1 Das Erbe**  
Die Wurzeln der Republikanischen Partei 7
- 2 Konservative Revolutionäre**  
Konservatismus *made in America* 18
- 3 Der Sturz des Heiligen**  
William F. Buckley und der «respektable  
Konservatismus» 34
- 4 Der Business-Prinz und die Bircher**  
Das Aufflackern des Extremismus unter  
Barry Goldwater 49
- 5 Eine Partei für Weiße**  
Nixons Southern Strategy 75
- 6 Make America Great Again**  
Reagan und der Aufstieg der Rechten 97
- 7 Trumps Blaupause**  
Pat Buchanan und der Geist der Old Right 125
- 8 Vorboten der Apokalypse**  
Gingrichs Revolution und der Aufstieg  
rechter Medien 147

<b>9 Schwelbrand</b>	
Wenn Extremismus salonfähig wird	170
<b>10 Schlurfen nach Gomorrha</b>	
George W. Bush: Vom Erben Reagans zum Kreuzzügler	191
<b>11 Die dunkle Seite der Macht</b>	
McCain, Palin und der Aufstieg des Rechtspopulismus	215
<b>12 Die neue Revolution</b>	
Die Tea Party und ihre Radikalisierungs- maschine	230
<b>13 Autopsie einer Partei</b>	
Romneys Niederlage und der Kontrollverlust des Partei-Establishments	248
<b>14 Eine neue Ära</b>	
Die Übernahme der GOP durch Trump	275
<b>15 Herrschaft der Minderheit</b>	
Die antidemokratischen Pläne der GOP	305
<b>Dank</b>	331
<b>Anmerkungen</b>	332

# 1 Das Erbe

## Die Wurzeln der Republikanischen Partei

«Wir werden unser Land nicht retten, solange wir nicht akzeptieren, dass Opfer gebracht werden müssen, dass es Pfeile gibt, die uns treffen werden. Die Menschen, die 1776 ihr Leben [...] und ihre heilige Ehre verpfändet haben, wussten, dass ihnen der Kopf abgehackt worden wäre, wenn sie nicht gesiegt hätten.»

*Ron DeSantis, Gouverneur von Florida, auf der «Moms for Liberty»-Konferenz in Philadelphia, 30. Juni 2023*

**A**ls es hieß, das hier sei eine Terrororganisation ...» Nikki Haley hob lächelnd eine Hand, aus dem Publikum kam Gelächter. Tiffany Justice, die Moderatorin und Mitgründerin von «Moms for Liberty», die neben ihr auf einem cremefarbenen Sofa saß, deutete auf ihr Gesicht und witzelte: «Das ist scheinbar das Gesicht des Terrorismus!» Haley, die ein elegant geschnittenes Business-Kleid trug, das genauso rot war wie die Farbe der Republikanischen Partei, machte eine kleine Kunstpause, dann fuhr sie mit einem breiten Grinsen fort: «Da sagte ich: Dann zählt mich dazu, als eine «Mom for Liberty!»»<sup>1</sup> Das Publikum klatschte begeistert und jubelte.

Die Stimmung auf dem Jahrestreffen der Moms for Liberty, das Anfang Juli 2023 in Philadelphia stattfand, war euphorisch, ja fast übermütig. Die Anwesenden beklatschten allerdings weniger die Präsidentschaftskandidatin Nikki Haley, die von dem Publikum aus rechtsextremen Aktivistinnen im Franklin-Ballsaal des Marriott-Hotels zuvor eher lauwarm empfangen worden war, sondern die stolze und trotzig Aneignung der Bezeichnung *domestic terrorist* («einheimischer Terrorist»), die sie keineswegs als Beleidigung, sondern als Auszeichnung betrachteten.<sup>2</sup>

Kurz vor der Konferenz hatte das Southern Poverty Law Center, eine Bürgerrechtsorganisation, die sich der Bekämpfung von Hass und Rassismus verschrieben hat, die Moms for Liberty als extremistische Organisation klassifiziert.<sup>3</sup> Statt sich gegen diese Einordnung zu wehren, nahm man sie hier stolz an – wie schon ein Jahr zuvor auf der einflussreichen Conservative Political Action Conference (CPAC) in Dallas, bei der ein Panel unter dem Titel «We are all domestic terrorists» stattfand.<sup>4</sup> Alles natürlich nur ironisch gemeint – oder etwa doch nicht? CPAC ist schließlich nicht irgendeine obskure Konferenz, sondern eine Art jährliches Gipfeltreffen der Republikanischen Partei und Vertreter\*innen des amerikanischen Konservatismus und zog auch 2022 große Namen wie Donald Trump und Ted Cruz als Redner an. Sie wurde 1974 von der rechten Lobbyorganisation «American Conservative Union» ins Leben gerufen, und auf ihr treffen alljährlich Politiker\*innen auf den härtesten Kern der Basis.

Der Terrorismusvorwurf als Auszeichnung war bei der Zusammenkunft der Moms for Liberty in Philadelphia immer wieder Thema, sei es als Einzeiler auf der Bühne, der Lacher und Jubel garantierte, oder in den Gesprächen der Gäste untereinander. Überhaupt war der Tonfall scharf, und die Botschaft der Redner\*innen an die Versammelten war unmissverständlich: Es liege an ihnen, den besorgten Müttern, das Land vor dem Abgrund zu retten.

«Mamas sind die wichtigste politische Kraft im Jahr 2024, und wir müssen uns diese Energie zunutze machen!», rief Ron DeSantis von der Bühne des Ballsaals, in dem sich 650 «fröhliche Kriegerinnen», wie sie sich selbst nennen, zum insgesamt erst zweiten jährlichen «Moms for Liberty Summit» versammelt hatten. Der Gouverneur von Florida erntete tosenden Applaus – genau wie bei seiner Behauptung, dass «die Linke [...] die mächtigste Kraft im Land geweckt hat: die Mama-Bären!»

Das Bild von stylischen «Mama-Bären», die ihre Jungen leidenschaftlich beschützen, das 2008 die Gouverneurin von Alaska und Vize-Präsidentschaftskandidatin Sarah Palin bekannt gemacht hatte, war fünfzehn Jahre später auf der Konferenz allgegenwärtig: In der Merchandise-Ecke konnte man sogar das entsprechende T-Shirt kaufen, samt Aufdruck einer brüllenden Bäarin mit der Aufschrift «Mama Bear» und «Hands off my cubs!» («Finger weg von meinen Jungen!»).

Ron DeSantis war, wie auch andere Präsidentschaftskandidat\*innen wie Nikki Haley, Vivek Ramaswamy und Donald Trump, nach Philadelphia gepilgert, um dem aktuellen Star des amerikanischen Konservatismus die Treue zu schwören: den Moms for Liberty. Während vor dem Konferenzhotel ein Gegenprotest in der von kanadischen Waldbränden verräucherten Hitze die Stellung hielt, herrschte drinnen ekstatische Stimmung. Die Teilnehmerinnen waren förmlich elektrisiert von der tanzenden Gegendemo und von der Tatsache, dass zahlreiche mediale Augen an diesem Wochenende vor dem 4. Juli auf sie gerichtet sein würden.

Gleichzeitig war die Konferenz der «fröhlichen Kriegerinnen» eine Machtdemonstration und bewies schon allein durch ihre prominente Gästeliste, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen der Republikanischen Partei und den extremen Gruppen der amerikanischen Rechten umgekehrt hat.

Ursprünglich wurde Moms for Liberty 2021 von Tiffany Justice und Tina Descovich in Florida gegründet – aus Protest gegen die Schließung von Schulen während der Covid-Pandemie. Inzwischen hat sich die Organisation jedoch anderen Themen zugewandt und ist zu einer ernst zu nehmenden Kraft im sogenannten Kulturkrieg der amerikanischen Rechten geworden, die Schulbezirksleitungen, Erzieher\*innen und Lehrer\*innen im ganzen Land bedroht und belästigt. Sie ist eine der wichtigsten Organisationen in den USA, die die Bemühungen um ein Verbot von Büchern über LGBTQ-Themen und Rassismus vo-

rantreibt und generell die moralische Panik der Rechten schürt. Dafür, dass sie erst seit 2021 existiert, waren die Größe und der enorme Planungsaufwand der Konferenz beeindruckend.

Doch auch wenn sich Moms for Liberty gerne als Graswurzelbewegung «ganz normaler Mütter» darstellt, steht hinter ihr in Wirklichkeit ein Powerhouse des rechten Aktivismus: das von dem erzkonservativen Morton Blackwell gegründete Leadership Institute. Blackwell – der in Philadelphia mit dem «Schwert der Freiheit» ausgezeichnet wurde – ist einer der Begründer der organisierten Religiösen Rechten. Blackwell und sein Institut bilden seit Jahrzehnten konservative Aktivist\*innen aus, versorgen sie mit Informationen und Anleitungen, wie man eine effektive Wahlkampagne gestaltet und Spenden sammelt, verbindet sie mit Politiker\*innen und Publizist\*innen und sorgt dafür, dass anfänglich kleine, lokale Gruppen wie Moms for Liberty zu großen Playern im rechten Politzirkus werden können. Das Institut hilft Aktivist\*innen, eine inhaltliche Agenda umzusetzen, ein professionelles Image zu pflegen, und lehrt sie politische Krisenkommunikation.

So auch an diesem Wochenende: Zwischen den Hauptreden im großen Ballsaal verteilten sich die Teilnehmer\*innen auf verschiedene Kurse, die unter anderem vom Leadership Institute, rechten Aktivist\*innen und ultrakonservativen Stiftungen abgehalten wurden. Dort konnten sie lernen, wie man «in der Minderheit gewinnt», lokale Schulbehörden übernimmt und eine rechte Agenda durchsetzt, sobald man gewählt ist. Die angebotenen Seminare umfassten auch Medientraining und juristische Strategien: Die Southeastern Legal Foundation<sup>♦</sup> gab beispielsweise einen Workshop, der genauso gut den Titel «Wie man seinen Schulbezirk am besten verklagt» hätte tragen können.

♦ Die Southeastern Legal Foundation ist eine Organisation, die sich nach ihrer Selbstdarstellung «der Verteidigung der Freiheit und dem Wiederaufbau der amerikanischen Republik» widmet. Sie gehört zum juristischen Netzwerk der politischen Rechten.

Die anwesenden Frauen und vereinzelt Männer – «Danke an die anwesenden (Dads for Liberty)!», rief eine Rednerin – waren bester Laune, während sie apokalyptische Geschichten über ein Amerika austauschten, wie es rechte Medien wie *Fox News*, *Breitbart* und *Newsmax* tagein, tagaus an die Wand malen. In diesem Amerika werden Christ\*innen verfolgt, Weiße\* Menschen diskriminiert sowie Kinder und Jugendliche sexualisiert, von Dragqueens belästigt und in staatlichen Bildungseinrichtungen mit «woker Ideologie» indoktriniert. Das düstere Bild, das die Teilnehmerinnen in ihren Gesprächen untereinander schufen, schien ihre blendende Laune jedoch keineswegs zu schmälern. Die Stimmung war aufgekratzt – eine seltsame Mischung aus dem Treffen einer *Sorority* (Schwesterschaft) und einem rechtslibertären Sommercamp, bei dem sich Frauen und ein paar Männer in ihrem Hass auf «die Linke», die LGBTQ-Gemeinschaft und den Antirassismus bestärkten – pro forma wird der bigotte Kern hinter neutral klingenden Schlagworten wie «Elternrechten» versteckt.

«Wie konnte es so weit kommen?», hatte schon der *Fox-News*-Moderator Steve Doocy am Tag nach dem Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 gefragt.<sup>5</sup> Dieselbe Frage stellt sich im Angesicht der eben beschriebenen Konferenz, in der prominente Vertreter\*innen der Republikanischen Partei den Schulterchluss mit rechtsextremen Aktivist\*innen suchten. Und genau dieser Frage geht auch dieses Buch nach: Wie konnte es passieren, dass die Republikanische Partei – die Partei Lincolns und der Sklavenbefreiung – zu einer Partei geworden ist, die Ausgrenzung, Nativismus,<sup>♦♦</sup> Rassismus und Hetze zu ihren

- ♦ Zuordnungen wie «Weiß» und «Schwarz» werden in diesem Buch großgeschrieben, um zu verdeutlichen, dass es um kulturelle Konzepte und nicht um reine Farbzuschreibungen geht.
- ♦♦ Der Nativismus kombiniert Nationalismus mit Migrationsfeindlichkeit und priorisiert die Rechte der als «einheimisch» klassifizierten Menschen vor denen, die als «Zuwanderer» angesehen werden.

Hauptmerkmalen zählt? Wie ist es zu erklären, dass ihre politischen Hoffnungsträger\*innen auf der Jahresversammlung einer so extremistischen Organisation wie Moms for Liberty auftreten und derart rechten Kräften ihre Treue schwören?

Auch wenn sich dieses Buch auf den Zeitraum von der Mitte des letzten Jahrhunderts bis zur Gegenwart konzentriert, müssen wir zunächst einen kurzen Blick auf die wichtigsten Strömungen des amerikanischen Konservatismus und der Republikanischen Partei in der Zeit davor werfen – und auf die Abgrenzung zur Demokratischen Partei.

Die Stammwählerschaft der Demokraten bestand Anfang des 20. Jahrhunderts traditionell aus Weißen Südstaatlern, Befürworter\*innen der Segregation, die der Überzeugung waren, dass Menschen verschiedener Hautfarbe getrennt voneinander leben sollten, sowie aus der Weißen Arbeiterklasse des Nordens. Die Republikaner hatten währenddessen die Mehrheit der Schwarzen Bevölkerung, die Mittelschicht und die Unternehmerschaft hinter sich.<sup>6</sup> In den Jahrzehnten nach dem Bürgerkrieg hatte sich der Fokus der Republikaner immer mehr von Lincolns ursprünglicher Idee – dem Schutz des Einzelnen durch einen starken Staat<sup>7</sup> – entfernt. Die *Grand Old Party* oder kurz GOP, wie die Republikanische Partei auch genannt wurde, erwarb sich mehr und mehr den Ruf einer Partei, die für die Interessen von großen Wirtschafts- und Finanzunternehmen eintrat und Politik gegen die Arbeiterklasse machte.<sup>8</sup>

Doch um 1900 trat, angeführt von Theodore Roosevelt, eine neue Generation progressiver Republikaner aus dem Schatten der «Alten Garde» der Partei, die deren Abneigung gegen staatliche Sozialleistungen, gegen die Senkung von Zöllen, gegen den Schutz der Arbeiterschaft nicht teilte. Sie hatten erkannt, dass die GOP angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Probleme, mit denen vor allem die Arbeiter\*innen in der frisch industrialisierten Gesellschaft zu kämpfen hatten, Gefahr lief,



mit ihrer bisherigen Politik große Teile ihrer Wählerschaft gegen sich aufzubringen.<sup>9</sup> Der «amerikanische» Traum – das Versprechen des Kapitalismus, dass harte Arbeit reich belohnt wird – hatte mit der Lebensrealität vieler Arbeiter\*innen nichts zu tun. Nur durch einen starken Staat, glaubten Roosevelt und seine Mitstreiter, könnten die Freiheit und der Besitz des Einzelnen geschützt werden. Anders als die «Alte Garde», die sich noch lebhaft an den Bürgerkrieg erinnerte und Isolationismus propagierte, waren sie außerdem entschlossen und bereit, die «amerikanische Idee» im Rahmen einer expansionistischen, imperialistischen Außenpolitik auch international zu verbreiten.<sup>10</sup>

Die «Alte Garde» hatte eigentlich gehofft, Roosevelt nach der Präsidentschaftswahl im Jahr 1900 als Vizepräsidenten des wiedergewählten William McKinley politisch aufs Abstellgleis manövriert zu haben. Doch ihre schlimmsten Befürchtungen wurden wahr, als McKinley im September 1901 einem Attentat zum Opfer fiel und Roosevelt sein Nachfolger wurde.<sup>11</sup>

Roosevelts Pläne, die neben umfassenden Sozialreformen unter anderem die Einführung einer Erbschafts- und Einkommensteuer vorsahen, kamen bei der zunehmend gebeutelten Bevölkerung gut an, und so wurde er 1904 als Präsident bestätigt. Seine Reformbemühungen scheiterten jedoch immer wieder am Kongress und am Obersten Gerichtshof, aber eben auch am Widerstand in seiner eigenen Partei. Roosevelts Nachfolger im Amt war von 1909 bis 1913 sein Freund und Kriegsminister William Howard Taft. Er war – anders als Roosevelt – nicht laut oder rhetorisch begabt, er golfte lieber und scheute die Öffentlichkeit.

Roosevelt hatte gehofft, Taft würde seine Reformen fortführen. Doch dieser begann, einen konservativen, unternehmerfreundlichen Kurs zu fahren, was Roosevelt so erzürnte, dass er, als die Republikaner ihm eine erneute Kandidatur verwehrten, 1912 in die *Progressive Party* eintrat und als deren

Präsidentenskandidat antrat. ♦ Bei der Wahl im selben Jahr erhielten Taft und Roosevelt zusammengenommen zwar die Mehrheit der Stimmen, doch weil die Republikanische Wählerschaft gespalten war, gewann am Ende der Demokrat Woodrow Wilson – ein sozialer Reformler und ausgesprochener Rassist.<sup>12</sup>

Die Idee der Kandidatur für eine Drittpartei, die Roosevelt wenig Erfolg gebracht hatte, sollte in Zukunft immer wieder für Diskussionen vor allem in ultrakonservativen Kreisen sorgen: Auf welchem Weg ließen sich die eigenen Ideen am ehesten umsetzen? Sollte man, wie Roosevelt, eine dritte Partei gründen oder lieber versuchen, die Republikanische Partei zu kapern, indem man ihre Basisränge besetzte und sie langsam von unten nach oben übernahm – bis sie fest in der Hand der Ultrakonservativen sein würde?<sup>13</sup>

Bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts bestand ein wichtiger Unterschied zwischen Demokraten und Republikanern unter anderem in ihrer Haltung bezüglich *race*. ♦ Die Demokraten versammelten in der Tradition der früheren Konföderation Anhänger\*innen von Segregation und Sklaverei hinter sich, während die Republikaner sich als die Erben Lincolns verstanden. Darüber hinaus unterschieden sich die beiden Parteien deutlich in ihrer Wirtschaftspolitik: Abgesehen von den schon erwähnten Roosevelt-Jahren waren die Republikaner in den letzten Jahrzehnten des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem die Partei des Unternehmertums.

- ♦ Erst seit 1951 hat ein amerikanischer Präsident nur zwei Amtszeiten (22. Zusatzartikel zur Verfassung, 1947 eingebracht, 1951 von allen Bundesstaaten ratifiziert.)
- ♦♦ In diesem Buch wird bewusst auf die Übersetzung einiger Diskursbegriffe aus dem englischsprachigen Raum verzichtet. «Race» und «White Supremacy» sind mittlerweile fest in der deutschen Debatte etabliert, da die deutschen Übersetzungen hierfür nicht deckungsgleich sind und zudem eine problematische Bedeutungsgeschichte mit sich bringen.

Letzteres hatte neben ideologischen auch praktische Gründe: Die Republikaner zählten auf die finanzielle Unterstützung von Großindustriellen und «Big Business» – den Finanzeliten, die an der Ostküste die Wirtschaft dominierten. Im Gegenzug sorgten sie für möglichst wenig staatliche Regulierungen und niedrige Steuern – ungebremsster Kapitalismus und der amerikanische Traum waren für sie deckungsgleich. Ihren vorübergehenden Flirt mit progressiven, sozial angehauchten Ideen seit Roosevelt beendete dann allerdings spätestens die Wahl des Demokraten Woodrow Wilson 1913.<sup>14</sup> Progressive Kräfte sollten in den folgenden Jahrzehnten zwar immer wieder mal gegen den dominanter werdenden Einfluss der Konservativen in der GOP aufbegehren, doch am Ende würden sie stets den Kürzeren ziehen. Dass jemand wie Wilson, dessen Vater in der Armee der Konföderierten als Kaplan gedient und Sklaven in seinem Haushalt beschäftigt hatte,<sup>15</sup> jetzt die Geschicke des Landes lenkte, entsetzte viele Republikaner, darunter auch Roosevelt – dabei waren Wilsons wirtschaftliche Reformen seinen eigenen, die er im Wahlkampf 1912 als «Neuen Nationalismus» betitelt hatte, sehr ähnlich.<sup>16</sup> In den Augen der Republikaner bedrohte Wilsons Präsidentschaft Amerika: Für sie war er ein Konföderierter, ein Sozialist und ein Kommunist, und seine isolationistische Politik zu Beginn des Ersten Weltkrieges empfanden sie als Landesverrat.<sup>17</sup> Als Professor, dessen war sich ein Senator sicher, werde Wilson die Regierung ebenfalls mit Professoren füllen, und so werde der Bolschewismus Einzug in die USA halten.<sup>18</sup> Die regelrechte Panik der GOP vor arbeiterfreundlichen Wirtschaftsreformen, hinter denen man – erst recht, wenn sie von Demokratischer Seite kamen – Kommunismus oder Bolschewismus witterte, sollte einer der roten Fäden sein, die sich durch die Geschichte der Partei bis in die Gegenwart zieht.

Die von dem Demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren eingeführten Sozial- und Wirtschaftsreformen werden gemeinhin unter dem Begriff *New Deal* zusammengefasst. Mit den Reformen wollte Roosevelt, wie der Historiker Kiran Klaus Patel hervorhebt, nicht nur den Kapitalismus, sondern auch das Vertrauen in die Demokratie retten, da die bisherige Politik den Menschen nicht geholfen hatte, die Folgen der Weltwirtschaftskrise von 1929 zu bewältigen.<sup>19</sup> Roosevelt betonte schon im Wahlkampf von 1932, kein Patentrezept für die Überwindung der Krise zu haben. Umso entschiedener wollte er aber nach neuen Wegen suchen.<sup>20</sup> Neben einem Gesetz zur Bankenregulierung unmittelbar nach seinem Amtsantritt Anfang 1933 setzte er in den ersten hundert Tagen umfangreiche Reformen durch, die in den folgenden Jahren weiter ergänzt wurden.<sup>21</sup> Finanziert wurden sie durch staatliche Investitionen in Milliardenhöhe. Sie flossen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, in Infrastruktur (etwa Straßen- und Brückenbau, Ausbau von Strom- und Wassernetzen), in Landwirtschaft und Industrie. Es gab regulierende Eingriffe in die Wirtschaft und eine Industriepolitik, die die Gewerkschaften stärkte. Roosevelt schuf außerdem erstmals ein landesweites Sozialversicherungssystem und setzte einen gesetzlichen Mindestlohn sowie eine Begrenzung der Wochenarbeitszeit durch.<sup>22</sup>

All diese Reformen waren das Schreckgespenst der *Old Right*, der alten amerikanischen Rechten. Sie rekrutierte sich aus Republikanern und einigen Demokraten und war aus dem Widerstand gegen die Sozialreformen der «Roosevelt-Revolution» in den 1930er Jahren entstanden. Die «Alte Rechte» sah das Reformpaket des Demokratischen Präsidenten als kommunistische Tyrannei an und verstand sich als gegenrevolutionäre Bewegung – mit dem Kernziel, Roosevelts Errungenschaften rückgängig zu machen.<sup>23</sup> Die alte Garde des amerikanischen Konservatismus bestand vor allem aus reichen Geschäftsmännern, die eigens angeheuerte Milizen zum Teil gewaltsam

gegen Gewerkschaften vorgehen ließen. In ihren Augen handelte es sich dabei um eine legitime Gegenreaktion, denn für sie waren Gewerkschaften und Roosevelts Sozialreformen das Ergebnis kommunistischer Subversion, mit dem Ziel, Amerika in den Abgrund zu treiben.<sup>24</sup> Bis heute ist der *New Deal* für amerikanische Konservative ein rotes Tuch, zuletzt, als sich Präsident Biden mit seinem Infrastrukturprogramm 2020 ausdrücklich auf Roosevelt bezog.<sup>25</sup>

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es sowohl in der Demokratischen als auch der Republikanischen Partei konservative wie moderate und liberale Stimmen, die um die Deutungshoheit und Macht innerhalb ihrer jeweiligen Partei rangen. Im Verlauf weniger Jahrzehnte sollten im Rahmen dessen, was in der Geschichtswissenschaft als Ära der «Neuausrichtung» (*realignment*) der Parteien bezeichnet wird, die Grenzen zwischen Konservativen und Liberalen immer stärker entlang der Parteigrenzen verlaufen. Die Republikanische Partei ist heute die Heimat für Konservative, Ultrakonservative und Rechtsextreme, während in der Demokratischen Partei – im Vergleich mit dem deutschen Parteienspektrum – Positionen von CDU / CSU bis Linkspartei abgedeckt sind.

Die Entwicklung der Republikanischen Partei in den zurückliegenden knapp 150 Jahren ist geprägt von unbedingtem Machtwillen, von einem politischen Establishment, das lange glaubte, die radikalen Elemente in den eigenen Reihen kontrollieren und für sich politisch nutzen zu können. Veranstaltungen wie die eingangs geschilderte Konferenz der Moms for Liberty sind ein Beleg für den zunehmenden Einfluss rechtsextremer Kräfte, auf die die Parteiführung zur Mobilisierung einer über Jahrzehnte hinweg radikalisierten Basis angewiesen ist. Die ideologische Brandstiftung hat lange vor Donald Trumps Erscheinen auf der politischen Bühne der USA begonnen und ihre verheerende Wirkung entfaltet.